

## NEWSLETTER

# POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 08. Juli 2022



### Inhalt

Bundeshaushalt  
2023

Bevölkerungs-  
schutz stärken

Energieversorgung  
und das  
"Osterpaket"

Kein Verbot der  
Verbrenner

Terminrückschau

Terminvorschau

**CDU**

Liebe Leserinnen und Leser,

in einer von unserer Fraktion beantragten Aktuellen Stunde am Mittwoch sprach unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz von der "schwersten Wirtschaftskrise seit Gründung der Bundesrepublik", auf die unser Land derzeit zulaufe. Die nach wie vor hohe Inflation, das Thema "Energiesicherheit" sowie Preissteigerungen sind immer noch Dauerbrennerthemen in Verbindung mit den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine.

Insbesondere bei der Frage der sicheren Energieversorgung brauchen wir schnellstens einen zielgenauen Plan. Wenn aus der technischen Wartung von Nord Stream I eine längere, "politische" Wartung werden sollte, brauchen wir für die Industrie und Privathaushalte umsetzbare Alternativen.

Dazu müssen wir einerseits den Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigen, dürfen aber gleichzeitig nicht aus den Augen verlieren, dass fossile Energiequellen für eine bestimmte Zeit einen nützlichen Beitrag zur Energiesicherheit leisten könnten. Gleichzeitig muss es trotzdem unsere oberste Priorität sein, unsere Klimaziele zu erreichen.

Die Stärkung des Bevölkerungsschutzes war ein weiteres Thema dieser letzten Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause. Die CDU/CSU-Fraktion hat in einem Antrag konkrete Lösungsvorschläge unterbreitet, wie der Zivil- und Bevölkerungsschutz modernisiert werden kann.

Über diese und weitere Themen berichte ich Ihnen im Folgenden. Alles Gute und bleiben Sie gesund!

Ihr

  
Hermann Färber MdB

## Der Bundeshaushalt 2023

Die Inflation bewegt sich trotz der Entlastungspakete der Ampel-Regierung weiterhin auf Rekordniveau. Der im Kabinett beschlossene Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2023 macht die Finanzzwänge des Bundes deutlich: Bundesfinanzminister Christian Lindner will zwar die Schuldenbremse ab 2023 wieder einhalten, gleichwohl wird die Kreditobergrenze mit einer Nettokreditaufnahme von 17,2 Mrd. Euro vollständig ausgeschöpft. Zudem werden Rücklagen angegriffen.

Gleichzeitig bereitet die Ampel schon den nächsten Schritt vor und betont, wie unsicher die zugrundeliegenden Prognosen seien. Es gibt sogar Stimmen der Ampel-Koalition, die die Einhaltung der Schuldenbremse ab 2023 offen in Frage stellen.

Weder die erste Gesprächsrunde der "Konzertierten Aktion" noch der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2023 enthalten in unseren Augen zielgenaue Lösungsansätze, um dieser herausfordernden Lage gerecht zu werden. Wir erwarten von der Bundesregierung einen Plan, der vor allem langfristig gesehen wirksame wie umsetzbare und für die Bevölkerung sichtbare Maßnahmen enthält.

## Bevölkerungsschutz stärken

Bilder von Flutkatastrophen bei uns in Deutschland, nach denen Einsatzkräfte von Wassermassen beschädigte Häuser nach Personen durchsuchen, sind immer häufiger Teil der Berichterstattungszyklen. Auch bei uns im Landkreis erleben wir, dass immer häufiger Einsatzkräfte bei Unwetterlagen ausrücken und Hilfe leisten müssen oder beim Aufbau von Notunterkünften für Geflüchtete aus der Ukraine im Einsatz sind.

Nicht nur das Ahrtal sondern auch die Coronapandemie oder der Krieg in der Ukraine haben gezeigt, dass unser Bevölkerungsschutz modernisiert und an die aktuellen Anforderungen an Material, Ausstattung und Personal angepasst werden muss.

Mit unserem Antrag "Aus den Krisen lernen – Für einen starken Bevölkerungsschutz" legen wir ein Jahr nach der Starkregenflut am 14./15. Juli 2021 im südlichen Nordrhein-Westfalen und im Ahrtal Verbesserungsvorschläge für den Bevölkerungsschutz in Deutschland vor. Er enthält zehn Forderungen, um den föderalen Bevölkerungsschutz – bestehend aus Zivilschutz (Bund) und Katastrophenschutz (Länder) – zu stärken. Hervorzuheben ist die Idee der „zivilen Reserve“, die bereits in unserem Positionspapier „Neustaat“ vom Juni 2021 enthalten war. Dabei geht es uns um eine freiwillige „Grundausbildung im Bevölkerungsschutz“ sowie um die bessere Koordinierung von Spontanhelfern in Krisenlagen.



Bildquelle: Canva.

So können wir die personelle Durchhaltefähigkeit der Hilfsorganisationen, die Nachwuchsgewinnung und die Krisenkompetenz in der Bevölkerung insgesamt erhöhen. Unser Antrag wurde im Anschluss der 1. Lesung an den federführenden Ausschuss für Inneres und Heimat überwiesen.

### Links

Link zur Debatte: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw27-de-bevoelkerungsschutz-900504>

Beitrag auf der Website der Fraktion: <https://www.cducsu.de/themen/flutkatastrophe-aus-der-krise-lernen>

Positionspapier „Neustaat“ vom 8. Juni 2021 (Punkt 39): [https://www.cducsu.de/sites/default/files/2021-06/Positionspapier\\_Neustaat.pdf](https://www.cducsu.de/sites/default/files/2021-06/Positionspapier_Neustaat.pdf)

### Der Ausbau der Erneuerbaren Energien und das "Osterpaket"

Insbesondere bei der Frage der sicheren Energieversorgung brauchen wir einen zielgenauen Plan. Dazu müssen wir einerseits den Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigen und dafür die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, und dürfen aber gleichzeitig nicht aus den Augen verlieren, dass fossile Energiequellen für eine bestimmte Zeit einen nützlichen Beitrag zur Energiesicherheit leisten könnten.

Das beschlossene Osterpaket ist dafür unserer Ansicht nach nicht ausreichend und erschwert zu oft den Ausbau der Erneuerbaren. Oberste Priorität muss jetzt die Erreichung der Klimaziele und eine Steigerung sicherer Energieversorgung vor Ort sein. Für den beschleunigten Ausbau braucht es einen gemeinsamen Kraftakt von Bund und Ländern. In unserem Antrag haben wir 27 konkrete Punkte vorgeschlagen, wie mit einem sinnvollen Energie-Mix die Energiewende angegangen werden kann.

### Kein Verbot des klimaneutralen Verbrennungsmotors – Technologieoffenheit gewährleisten

Die vergangene Woche war geprägt vom Koalitionsstreit um den EU-Beschluss zum Verbot des klimaneutralen Verbrennungsmotors ab 2035. Auch nach der Entscheidung in Brüssel gibt es weiterhin offene Fragen: So gibt es beispielsweise nach wie vor keine belastbaren Prognosen, welche Mengen dieser Kraftstoffe im Jahr 2035 zu welchem Preis zur Verfügung stehen werden.

Eine Debatte darüber ist grundsätzlich wichtig. Entscheidend dabei ist, dass die Ansätze bis zum Ende durchdacht sind. Sprich: die Entscheidungen müssen für alle Beteiligten anwend- und leistbar sein. Es braucht unserer Ansicht nach sowohl eine Technologieoffenheit als auch eine Förderung der Umstellung von fossilen Kraftstoffen hin zu nachhaltigen Kraftstoffen.

### Fachgespräch zum Gutachten "Anpassung von Wäldern und Waldwirtschaft"

Diese Sitzungswoche stand ganz im Zeichen des Waldes. Am Montag habe ich das öffentliche Fachgespräch im Agrarausschuss zum Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats Waldpolitik (WBW) zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel geleitet. Dieses Gutachten stellt eine wichtige Leitlinie für alle Akteure des Waldes dar.



Bildquelle: Canva.

### Antrag zur Honorierung der Ökosystemleistungen des Waldes

Rund ein Drittel der Gesamtfläche Deutschlands ist bewaldet. Unsere Wälder erfüllen zahlreiche Funktionen - ihren wichtigsten Beitrag leisten sie jedoch zum Klimaschutz. Der Cluster Forst und Holz hat eine jährliche Senken- und Speicherleistung von rund 127 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> und kompensiert damit rund 14 Prozent der nationalen Treibhausgasemissionen.

Die Wälder müssen sich jetzt an den Klimawandel anpassen. Für den Waldumbau hin zu klimastabilen Mischwäldern werden laut dem Thünen-Institut bis zu 43 Milliarden Euro benötigt. Die Bundesregierung hat nun aber ein Förderkonzept vorgelegt, das weder dem Klimaschutz noch dem Wald dient, weil damit neue bürokratische Hürden für Waldbesitzer aufgebaut werden und durch Stilllegungen von Waldflächen weniger nachhaltig angebautes Holz zur Verfügung steht. Der klimastabile Waldumbau kann aber nur durch das Eingreifen des Menschen erfolgen - das hat auch das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats bestätigt.

Daher hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion diese Woche einen Antrag zur Honorierung von Ökosystemleistungen der Wälder in den Bundestag eingebracht. Als zuständiger Berichterstatter für das Thema Wald im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft ist es mir wichtig zu betonen, dass die immensen Kosten des Waldumbaus nicht von den Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern alleine gestemmt werden können. Bei der finanziellen Vergütung der Ökosystemleistungen muss berücksichtigt werden, dass der Privatwald aus oftmals kleinen Flächen besteht. Die Durchschnittsgröße der Forste in Baden-Württemberg beträgt beispielsweise nur 0,9 Hektar. Gerade Kleinprivatwaldbesitzer sollten daher motiviert werden, den klimagerechten Umbau ihrer Wälder in der Bewirtschaftung zu berücksichtigen. In unserem Antrag fordern wir außerdem, keine weiteren Extensivierungsmaßnahmen vorzunehmen und die Anforderungskriterien der bereits bestehenden Zertifizierungssysteme zu übernehmen. Nur so wird eine praktikable Umsetzung des Waldumbaus möglich.

## Neues Gesprächsformat gegründet: Unions-Talk-Agrar



Bildquelle: Artur Auernhammer.

Gemeinsam mit meinem Kollegen Artur Auernhammer MdB habe ich am 07. Juli den sogenannten "Unions-Talk-Agrar" ins Leben gerufen. In diesem Rahmen wollen uns mit unseren Fraktionskolleginnen und -kollegen zu Themen der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sowie dem ländlichen Raum austauschen.

Der Austausch zwischen interessierten Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und renommierten Expertinnen und Experten aus den Bereichen der Land- und Forstwirtschaft soll uns ermöglichen, gemeinsam nach Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft zu suchen und zudem Blicke in die Praxis zu werfen.

Erster Gastredner war der Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft e.V., Hubertus Paetow.



Bildquelle: Hermann Färber.

## Sitzungswochen in Berlin

05. - 09. September 2022

19. - 23. September 2022

## Terminvorschau Juli

11. Juli: Besuch bei der Göppinger Tafel CariSatt

13. Juli: Gespräch mit den Teilnehmern der Besuchergruppe aus dem Rechberg-Gymnasium Donzdorf im Bundestag

14. Juli: BVMW-Charity Veranstaltung "Von Herz zu Hand" in Donzdorf

18. Juli: Gespräch mit den Teilnehmern der BPA-Gruppe aus dem Wahlkreis im Bundestag

20. Juli: Gespräch mit den Teilnehmern der Besuchergruppe aus der Uhland Realschule Göppingen und dem Wirtschaftsgymnasium Geislingen im Bundestag

22. Juli: Besuch im Wahlkreis von Diana Stöcker MdB und Gespräch zum Thema Ernährungssicherheit

24. Juli: Sommerempfang der CDU Böhmenkirch mit Roderich Kiesewetter MdB und Gespräch zu den Auswirkungen von Putins Krieg auf Europa

### Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: [www.hermann-faerber.de](http://www.hermann-faerber.de)

### Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

### Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: [hermann.faerber@bundestag.de](mailto:hermann.faerber@bundestag.de)